Steuerreglement vom 12. Juni 2002 Aktueller Wortlaut	Neuer Wortlaut	Bemerkungen
Der Einwohnerrat der Gemeinde Allschwil erlässt, gestützt auf § 46 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970 sowie § 1 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuerge- setz) vom 7. Februar 1974, folgendes Steuerreglement:		
<p>§ 1 Gegenstand</p> <p>Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Einwohnergemeinde gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 7. Februar 1974 (nachfolgend StG genannt) und den dazugehörigen Ausführungserlassen folgende Steuern (nachfolgend Gemeindesteuern genannt):</p> <p>a) Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen;</p> <p>b) Ertrags- und Kapitalsteuern von juristischen Personen.</p>	<p>§ 1 Gegenstand</p> <p>Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Einwohnergemeinde gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 7. Februar 1974 (nachfolgend StG genannt) und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen folgende Steuern (nachfolgend Gemeindesteuern genannt):</p> <p>a) Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen;</p> <p>b) Ertrags- und Kapitalsteuern von juristischen Personen.</p>	Anpassung an Musterreglement
<p>§ 2 Steuerfuss, Steuersatz</p> <p>Der Einwohnerrat setzt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten alljährlich bei der Beratung des Voranschlages folgende Ansätze fest:</p> <p>a) den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuern gemäss § 19 StG;</p>	<p>Der Einwohnerrat setzt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten alljährlich bei der Beratung des Budgets Folgendes fest:</p> <p>a) den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuern gemäss § 19 Abs. 2 StG;</p>	Anpassung an Musterreglement und Präzisierung gemäss Steuergesetz

<p>b) den Steuersatz für die Ertragssteuern gemäss § 58 Abs. 3 StG;</p> <p>c) den Steuersatz für die Kapitalsteuer gemäss § 62 Abs. 1 StG.</p>	<p>b) den Steuerfuss für die Ertragssteuer gemäss § 58 Abs. 2 StG;</p> <p>c) den Steuerfuss für die Kapitalsteuer gemäss § 62 Abs. 2 StG.</p>	
<p>§ 3 Steuerveranlagung</p> <p>¹ Die kommunale Steuerabteilung nimmt die Veranlagung der Unselbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen gemäss § 107 StG für die Staats- und Gemeindesteuern und der direkten Bundessteuer vor.</p> <p>² Alle übrigen Steuerpflichtigen werden vom Kanton veranlagt.</p>	<p>Alle Steuerpflichtigen werden gemäss § 107 StG für die Staats- und Gemeindesteuern und der direkten Bundessteuer vom Kanton veranlagt.</p> <p>² Alle übrigen Steuerpflichtigen werden vom Kanton veranlagt.</p>	<p>Gemäss Beantwortung Postulat vom 27.05.2025</p>
<p>§ 4 Gemeindesteuerrechnung</p> <p>¹ Die Gemeindesteuerrechnung wird aufgrund von § 185 StG auf der Grundlage der Veranlagung für die Staatssteuer erstellt. Die Staatssteuerveranlagung ist für die Gemeindesteuerrechnung verbindlich.</p>		

<p>² Soweit die Staatssteuerveranlagung noch nicht vorliegt, kann die Gemeinde provisorisch Rechnung stellen. Diese wird nach erfolgter Veranlagung durch die definitive Rechnung ersetzt.</p>	<p>² Die Rechnungsstellung für provisorische und definitive Rechnungen erfolgt gemäss den kantonalen Vorgaben von § 136 und § 137 StG.</p>	<p>Anpassung an Änderungen gemäss §3</p>
<p>§ 5 Rechtsmittel</p> <p>¹ Steuerpflichtige haben ihre Rechte mit den Einsprache-, Rekurs- und Beschwerdemöglichkeiten, die gegen die definitive Veranlagung der Staatssteuer nach § 122 bis 132 StG bestehen, zu wahren.</p> <p>² Einsprachen sind schriftlich innert 30 Tagen nach der Eröffnung der Veranlagung der Staatssteuer zu erheben.</p> <p>³ Gegenüber der Gemeindesteuerrechnung ist grundsätzlich kein selbständiges Rechtsmittel gegeben.</p>	<p>¹ Gegenüber der Gemeindesteuerrechnung ist grundsätzlich kein selbständiges Rechtsmittel gegeben.</p> <p>² Steuerpflichtige haben ihre Rechte mit den Einsprache-, Rekurs-, Beschwerde- und Revisionsmöglichkeiten zu wahren, welche gegen die Veranlagung der Staatssteuer nach den §§ 122 - 132 StG bestehen,</p> <p>³ Beanstandungen, die sich nicht aus der Staatssteuerveranlagung ergeben, sondern die Berechnung des Steuerbetrags oder dessen Erhebung betreffen, können mittels Einsprache beim Gemeinderat geltend gemacht werden. Die Einsprache hat schriftlich und begründet innert 30</p>	<p>Anpassung an Musterreglement (Änderung Reihenfolge, Präzisierungen, Ergänzungen)</p>

	<p>Tagen nach der Eröffnung der Veranlagung zu erfolgen. Gegen den Einsprache-Entscheid des Gemeinderates steht die Rekursmöglichkeit im Sinne von § 124 StG an das Steuer- und Enteignungsgericht, Abt. Steuergericht, in Liestal offen.</p>	
<p>§ 6 Fälligkeit, Vergütungs-, Verzugszins und Steuerbezug</p> <p>¹ Die Gemeindesteuer ist bis zum 31. Oktober des Steuerjahres zur Zahlung fällig. Beginnt die Steuerpflicht nach diesem Datum, so wird die Steuer am 31. Dezember des Steuerjahres fällig. Hört die Steuerpflicht auf, so wird die Steuer sofort fällig. Die Steuer auf Kapitalabfindungen gemäss § 36 StG wird 30 Tage nach Eröffnung der Veranlagung fällig. Im Übrigen gelten die analogen Bestimmungen der Staatssteuer.</p> <p>² Auf Steuerbeträgen, die vor dem Fälligkeitstermin bezahlt werden, wird ein Vergütungszins gewährt. Vom Eintritt der Fälligkeit an wird ein Verzugszins erhoben. Eine Verzugszinspflicht besteht nur dann, wenn auf den Fälligkeitstermin hin eine provisorische oder eine definitive Rechnung gestellt wurde. Ist bis zur Fälligkeit noch keine Steuerrechnung gestellt worden, beginnt die Verzugszinspflicht 30 Tage nach Rechnungsstellung. Erhöht sich der definitive Rechnungsbe-</p>	<p>¹ Die Fälligkeit der Gemeindesteuer richtet sich nach den Bestimmungen von § 135 ff. StG.</p> <p>² Auf Steuerbeträgen, die vor dem Fälligkeitstermin bezahlt werden, wird ein Vergütungszins gewährt. Vom Eintritt der Fälligkeit an wird ein Verzugszins erhoben.</p>	<p>Anpassung an Musterreglement</p>

<p>trag gegenüber der provisorischen Rechnungsstellung, beginnt die Verzugszinspflicht für den Mehrbetrag 30 Tage nach definitiver Rechnungsstellung.¹</p> <p>³ Der Gemeinderat setzt den Vergütungszins und den Verzugszins zu Beginn jedes Kalenderjahres fest.</p> <p>⁴ Der Bezug der Gemeindesteuern erfolgt durch die Gemeinde. Hierfür ist die Gemeindeverwaltung zuständig.</p>	<p>³ Die Höhe des Zinssatzes für den Vergütungs- und den Verzugszins richtet sich nach derjenigen für die Staatssteuer.</p> <p>⁴ Der Bezug der Gemeindesteuer erfolgt durch die kantonale Steuerverwaltung. Es gelten sämtliche für den Bezug der Staatssteuer massgeblichen Bestimmungen.</p> <p>⁵ Soweit nicht der Kanton zuständig ist, entscheidet der Gemeinderat auf schriftliches Gesuch hin über den Erlass der nach diesem Reglement geschuldeten Steuern und Verzugszinsen.</p>	<p>Gemäss GRB 379 vom 27.11.2024 wird bei einer Abgabe der Steuerveranlagung auch der Steuerbezug an den Kanton abgegeben.</p> <p>Ergänzung gemäss Vorprüfung des Kantons.</p>
---	--	--

<p>§ 7 Akontozahlung</p> <p>Im Steuerjahr wird eine Akontozahlung erhoben. Grundlage dazu sind die Zahlen der letzten Veranlagung oder der mutmassliche Steuerbetrag für das laufende Steuerjahr. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Staatssteuer sinngemäss.</p>	<p>gestrichen</p>	
<p>§ 8 Stundung und Erlass</p> <p>Soweit nicht der Kanton zuständig ist, entscheidet der Gemeinderat auf schriftliches Gesuch hin über Stundung und Erlass der nach diesem Reglement geschuldeten Steuern und Verzugszinsen.</p>	<p>gestrichen</p>	
<p>§ 9 Aufhebung bisherigen Rechts</p> <p>Mit Inkrafttreten dieses Reglements ist das Steuerreglement vom 14. Mai 1986 aufgehoben.</p>		

<p>§ 10 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion in Kraft. Es wird erstmals für die Steuern des Jahres 2003 angewendet.</p>	<p>Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion auf den 1. Januar 2027 in Kraft.</p>	
<p>Genehmigt von der Finanz- und Kirchendirektion Basel-Landschaft mit Verfügung vom 21. August 2002.</p>	<p>Fällt weg.</p>	<p>Erstellungs- und Revisionshistorie neu in der Änderungstabelle am Schluss des Reglements.</p>
<p>Dieses Reglement ist vom Einwohnerrat am 12. Juni 2002 beschlossen worden.</p> <p>Im Namen des Einwohnerrates</p> <p>Der Präsident: Beat Meyer-Zehnder Die Sekretärin: Christine Graf</p> <p>Teilrevidiert durch Beschluss des Einwohnerrates vom 18.01.2006 (Geschäft 3441 A/B).</p> <p>Genehmigt durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft am 28.04.2006.</p> <p>Per 01.01.2006 in Kraft gesetzt durch Beschluss der Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft.</p> <p>IM NAMEN DES EINWOHNERRATES</p> <p>Die Präsidentin Iris Zihlmann-Glanzmann Der Sekretär Andreas Weis</p>	<p>Fällt weg.</p> <p>Genehmigt durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft am xx.xx.xxxx</p> <p>Fällt weg.</p>	<p>Erstellungs- und Revisionshistorie neu in der Änderungstabelle am Schluss des Reglements.</p>

ⁱ Einwohnerratsbeschluss vom 18.01.2006, in Kraft seit 01.01.2006 (Geschäft 3441 A/B)